

Malediven im Überblick

zusammengestellt von Peter Lanzet

Corona-Pandemie

Die Pandemie schien den Gesundheitsböden und der Politik der Malediven noch zu Beginn des Jahres trotz leichter Zunahme der Zahl der Ansteckungen beherrschbar. Der Flugverkehr war wieder geöffnet worden. Insbesondere für die Herkunftsländer der Tourismuswirtschaft wurden wieder Visa bei Einreise am Flughafen erteilt. Doch mit der Öffnung von Schulen, Restaurants und Geschäften im April sowie der Ausbreitung der indischen Mutanten stieg das Ansteckungsgeschehen im Mai exponentiell an.

	24.12.20	1.5.21	31.5.21	1.6.21
Verstorbene	47	73	161	171
Neuansteckungen	27	529	14	710
Aktive Fälle	421	7822	26039	24434
Genesene	13107	23108	38181	39819

Quelle: Ministry of Health, Maldives, <https://covid19.health.gov.mv/dashboard/?c=0>

Von den insgesamt an Covid 19 verstorbenen 175 Personen in den Malediven (Stand 5.6.) starben 128 im ersten Halbjahr 2021. Zwar setzten die Behörden bereits Anfang Mai die Visaerteilung bei Ankunft im Flughafen wieder aus, insbesondere für Einreisende aus Indien und Südasien. Aber Ausgangsbeschränkungen von 16:00 bis 08:00 Uhr wurden erst am 26.5. verhängt, als die täglichen Neuansteckungen auf über 1000 anwuchsen. Die Presse berichtete, wie schwer es der Polizei in Male anfangs fiel, Abstandsregeln, Maskentragen und insbesondere Ausgangssperren durchzusetzen. Seither flacht die Ansteckungskurve deutlich ab und es gibt weniger Tote. Der Präsident setzte spezielle Pandemiebeauftragte für die Atolle ein, die die Arbeit von Gesundheitsbehörden und Verwaltung koordinierten. Risikofälle wurden aus den Gefängnissen in den Hausarrest entlassen. Ein erster Nutznießer dieser Politik war der ehemalige Präsident Abdulla Yameen, der bereits am 30.4. in den Hausarrest überstellt wurde. Er sitzt eine fünfjährige Haftstrafe wegen Geldwäsche ab.

Impfungen

Eine Kontroverse gibt es zwischen dem Präsidenten und seinem Gesundheitsminister darüber, wie weitgehend die Menschen im Lande bereits geimpft sind. Der Präsident bezieht sich auf die Statistiken der staatlichen Agentur für Gesundheits-

schutz (HPA), wonach 310.834 Menschen eine erste Impfung erhielten und 170.105 die zweite. Das ist für ein Mitteleinkommensland mit knapp 400.000 Einwohner(inne)n erheblich. Der Gesundheitsminister dagegen ist der Meinung, rund 70 Prozent der Menschen im Lande (das bezieht die rund 200.000 Arbeitsmigrant(inn)en mit ein) noch nicht geimpft seien.

Wirtschaftliche Folgen

In Reaktion auf die wirtschaftlichen Konsequenzen der Pandemie hat die Regierung ein Unterstützungsprogramm für Einzelne und Haushalte, für Unternehmen und für die Regierungsaufgaben aufgelegt. Arbeits- und einkommenslos Gewordene können seit April 2020 eine Einkommensunterstützung von 265,00 Euro im Monat beanspruchen sowie vergünstigte Kredite, reduzierte Wasser- und Stromrechnungen, Rückzahlungsaufschübe für Studienkredite und Hypotheken. Auch für Unternehmen gab es bereits in 2020 Programme für vergünstigte Kredite und Rückzahlungsaufschübe. Unklar ist, ob diese auch 2021 zur Verfügung stehen. Es besteht eine Ausgabentransparenz bei den zusätzlichen Corona-Kosten, etwa über die Ausgaben des Gesundheitsministeriums und seiner nachgelagerten Ausführungseinrichtungen, für Krankenhäuser, die Polizei oder Aufsichtsbehörden. Hier hat die Regierung bis dato rund 91 Millionen Euro ausgegeben. Leider ist nicht einzuschätzen, wie sich diese Ausgaben zu den Corona-Hilfen insgesamt verhalten. Das Finanzministerium unterhält geradezu vorbildliche Webseiten über den geplanten Haushalt des Landes, allerdings nicht über die aktuelle Haushaltslage.

Wirtschaft, Tourismus und innenpolitische Dynamik

In kaum einem anderen Land hängt die wirtschaftliche Entwicklung so direkt vom Tourismus ab wie in den Malediven. Das Land hatte beim ersten Auftreten der Pandemie seine Flughäfen von März bis Juli 2020 gesperrt und danach nur zögerlich wieder geöffnet. Die Pandemie kostete die Malediven einen Rückgang seiner Wirtschaftsleistung um 33 Prozent in 2020. Unter der Annahme von einer Million touristischen Ankünften 2021 (zum Vergleich: 2019 kamen 1,7 Millionen Tourist(inn)en in den Ma-

lediven an) wird die Wirtschaft dieses Jahr wieder um 17 Prozent zulegen. Das berechnet jedenfalls die Weltbank in Ihrem *Maledives Development Update* vom April 2021. Im ganzen Jahr 2020 waren nur 550.000 Tourist(inn)en in den Malediven eingetroffen. 2021 weist die Tourismusstatistik zum 1. Juni 450.000 Ankünfte aus. Man hat in den Ressorts gute Vorsorge getroffen, um Gäste ihren Urlaub frei von Corona erleben zu lassen. 96 Prozent aller Ressortangestellten sind bereits einmal geimpft, 67 Prozent haben die zweite Impfung. Die Chancen für die Million stehen also nicht schlecht. Präsident Ibrahim Mohamed Solih geht sogar von einem Wachstum von 21 bis 28 Prozent aus, das Tourismusministerium von 1,5 Millionen Ankünften. Das erfreut nicht alle in den Malediven. Es gibt zunehmend Beispiele von lokalen Bevölkerungen auf den Atollen, die den Umweltzerstörungen über und unter Wasser Widerstand entgegensetzen.

Das Wachstum wird allerdings dringend gebraucht. Einerseits müssen die Menschen wieder Lohn und Einkommen erwirtschaften können, andererseits schieben die Malediven einen öffentlichen Schuldenberg von 130 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung vor sich her - davon 63 Prozent ausländische und 67 Prozent inländische Schulden. Nach den Daten des Finanzministeriums stehen die Malediven alleine bei chinesischen Banken und Firmen mit 937 Millionen US Dollar in der Kreide. Wahrscheinlich fallen davon nur die 127 Millionen US Dollar der chinesischen *ExIm Bank* unter das Pandemie- Schuldenmoratorium der G20 (*Debt Service Suspension Initiative*). Demnach werden bis Ende 2021 die Schuldendienste bei staatlichen Kreditgebern ausgesetzt, bei privaten aber nicht. Der größte Teil der Schulden der Malediven gegenüber China besteht bei privaten Unternehmen in öffentlicher chinesischer Hand. Für diese hatte China den Malediven bereits im Juni 2020 ein Moratorium von vier Jahren eingeräumt. Die Rating Agentur Fitch hat die Malediven dennoch auf Ramschstatus (CCC) herabgestuft. Falls Corona ein gutes Wachstum der Wirtschaft verhindert, wird es für das Land kaum noch möglich sein, auf den Finanzmärkten Kredite zu bezahlbaren Zinsen aufzunehmen. Rückzahlungsforderungen würden den Sozial- und Förderprogrammen Steuereinnahmen entziehen.

Eine aus der Überschuldung folgende Verarmung des Landes würde sich auf die innenpolitische Lage des Landes auswirken. Das könnte konservativ- islamistische Kräfte stärken, aber umgekehrt auch zur

Entwicklung hin zu mehr Demokratie und Toleranz führen. In einem Land, in dem der Islam Staatsreligion ist und kein Recht auf religiöse Freiheit besteht.

Klima, Arbeit und Soziales

Obgleich die Malediven in besondere Weise vom Klimawandel bedroht sind, haben Behörden und die Politik die wirtschaftliche Entwicklung dem Schutz der Umwelt vorangestellt. So wurden Landepisten gebaut, der Bau oder die Erweiterung von Ressorts gestattet ohne Konsultation der Bevölkerung und Berücksichtigung von Klima- und Umweltkriterien. In den Malediven arbeiten rund 200.000 Migrant(inn)en, rund 140.000 sind registriert, 60.000 ohne Papiere. Der allergrößte Teil stammt aus Bangladesch. Die Arbeitsmigrant(inn)en ohne gültige Dokumente sind gravierender Ausbeutung durch schlechte Löhne und unregelmäßige Arbeitszeiten ausgesetzt. Präsident Solih begann im März damit, im Rahmen der *National Task Force on Migration* Migrant(inn)en Arbeits- und Aufenthaltsvisa zu geben.

Wahlen auf lokaler Ebene

Am 10. April fanden nach dreimaligem Verschieben Gemeinderats- und Frauenratswahlen statt. Dabei haben 273.000 registrierte Wahlberechtigte über die Besetzung von 982 Ratssitzen in 220 Insel-, Atoll- und Stadträten entschieden. Es bewarben sich 2400 Kandidat(inn)en. Zuvor wurde eine Frauenquote von 33 Prozent für die Gemeinderäte eingeführt. Man hat den 655 existierenden Sitzen 327 Frauensitze hinzugefügt, um die Quote zu erfüllen. Außerdem wurden aus 1600 Kandidatinnen 905 Räte für 181 Frauenentwicklungskomitees gewählt. Die Wahlkommission bezeichnete die Wahlen als frei und fair, die Presse widersprach nicht. Die regierende Demokratische Partei der Malediven hatte sich ein Ergebnis von 80 bis 95 Prozent versprochen, musste sich aber mit 43 Prozent zufrieden geben. Die wichtigste Oppositionspartei, die Progressive Partei der Malediven (PPM), errang 38 Prozent. Die politisch einflussreiche Position des Bürgermeisters von Male ging an die PPM und zwar an den Bau-Minister der früheren Regierung, Mohamed Muizzu. Dies ist eine Quittung für die chaotische Verteilungspolitik der Demokratischen Partei in Bezug auf die 7000 auf der Flughafeninsel Hulhumale von chinesischen Baufirmen gebauten Wohnungen, die bis heute nicht vollständig vergeben sind. Indische Kommentatoren vermuten hinter dem schlechten Wahlergebnis der Demokratischen Partei auch die Enttäuschung der

Wähler/-innen über die geringen Fortschritte, die die gegenwärtige Regierung in Bezug auf die Aufklärung von Korruptionsfällen und Menschenrechtsverbrechen der Vorgängerregierung gemacht hat. Zu weiterem Ärger bei den Wähler(inne)n haben wahrscheinlich neue Korruptionsfälle der gegenwärtigen Regierung beigetragen. Im Vordergrund steht der Skandal bei der Beschaffung von Beatmungsgeräten für Krankenhäuser. Ein Teil des Führungspersonals des Gesundheitsministeriums, darunter der inzwischen zurückgetretene Gesundheitsminister, hatte ohne die erforderliche öffentliche Ausschreibung 70 Beatmungsgeräte bei einer windigen Agentur bestellt und schon mal 90 Prozent des Preises vorab bezahlt. Nur 15 dieser Geräte sind tatsächlich geliefert worden.

Spaltungsavancen

Es zeichnet sich eine Spaltung der Demokratischen Partei zwischen den Anhängern des Präsidenten Ibrahim Solih und dem früheren Präsidenten und jetzigen Parlamentspräsidenten und Vorsitzendem der Demokratischen Partei, Mohammed Nasheed ab. Nasheed ließ in Tweets erkennen, dass er das lange Festhalten des Präsidenten am korrupten Gesundheitsminister für einen Fehler hielt. Er ist auch der Ansicht, die beiden Kommissionen, die Menschenrechtsverletzungen und Korruptionsfälle der Vorgängerregierung aufdecken sollten, seien vom Präsidentenamt entmutigt worden, weil man sich dort nicht traue, die reaktionären Kräfte bei Armee, Polizei und Klerus anzugehen. Nasheed forderte noch vor den Gemeinderatswahlen, die Präsidentschaftsdemokratie zu einer Parlamentsdemokratie weiterzuentwickeln, traf aber beim Präsidenten Ibrahim Solih auf taube Ohren. So trat die Demokratische Partei bei den Gemeinderatswahlen geschwächt an.

Bombenattentat auf Ex-Präsident Nasheed

Knapp einen Monat später, am 6. Mai, wurde auf Nasheed ein Bombenattentat verübt, das er nur knapp überlebte. Viele Bombensplitter trafen ihn am ganzen Körper. Einer verpasste sein Herz um einen Zentimeter und blieb in der Lunge stecken, einer traf ihn am Kopf, jedoch ohne die Schädeldecke zu durchdringen. Nasheed wurde in Male in einer 16-stündigen Operation gerettet und anschließend auf Initiative des Bundestagsabgeordnete Christian von Stetten (CDU, Schwäbisch Hall) nach Deutschland für weitere Behandlungen ausgeflogen. Die Bevölkerung ist geschockt. Es gibt wohl keinen Politi-

ker in den Malediven, der mehr geliebt und gehasst wird als Nasheed. Er hat in den Präsidentschaftswahlen 2008 eine 30-jährige Diktatur beendet, wurde durch eine Unterwassersitzung seines Kabinetts zum globalen Star der Kopenhagener UN-Klimakonferenz 2009, 2012 durch einen Coup von Polizei und Militär abgesetzt, 2013 zu 13 Jahren Haft wegen angeblichen Machtmissbrauchs als Präsident verurteilt. Nasheed konnte aufgrund internationalen Drucks 2014 für eine Rückenoperation nach Großbritannien ausreisen, beantragte dort politisches Asyl und arbeitete ab 2016 von Sri Lanka aus für einen Wahlsieg seiner Demokratischen Partei in den Präsidentschaftswahlen im November 2018. Zu diesen konnte er wegen seiner früheren Verurteilung nicht selbst als Präsidentschaftskandidat antreten, weshalb er die Kandidatur seines politischen Ziehsohns, Freundes und Verwandten Ibrahim Solih unterstützte, der dann einen überzeugenden Wahlsieg errang. Mohammad Nasheed seinerseits gewann mit der Demokratischen Partei als Parteivorsitzender die Parlamentswahlen im März 2019 und errang 66 von 87 Parlamentssitzen, eine überwältigende Mehrheit, die ihm das Amt des Parlamentspräsidenten eintrug.

Nasheed bloggte noch wenige Tage vor dem Attentat, er sei im Besitz einer Liste mit 79 Namen von Personen, die sich unter Abdulla Yameen an der Ressortpacht bereichert und über 80 Millionen US-Dollar an Pachterträgen gestohlen hätten. Bislang wurde in diesem Zusammenhang nur der frühere Präsident Yameen wegen Geldwäsche verurteilt.

Nasheed ist bevorzugte Zielscheibe islamfundamentalistischen Hasses in den sozialen Medien. Der Klerus wirft ihm vor, das Land zu verwestlichen, die Bindung der Bürgerrechte an den Islam aufheben zu wollen sowie die Säkularisierung des Staates zu betreiben. Wegen vieler Morddrohungen hatte er ständig drei Bodyguards als Begleiter, die ebenfalls bei dem Anschlag schwer verletzt wurden. Der Sender *Aljazeera* rekapitulierte die Geschichte der Beteiligung maledivischer Extremisten am Krieg des Islamischen Staates (IS) und identifizierte Kreise, die für den Anschlag auf Nasheed in Frage kamen. Bis dato hat sich niemand zu dem Anschlag bekannt. Die Polizei hat 14 Verdächtige festgenommen, viele Befragungen durchgeführt, aber noch keine Anklage erhoben. Die Regierung konsultiert australische und US-amerikanische Forensiker, um die Täter zu überführen. Presseberichte deuten darauf hin, dass die Verdächtigen aus den

Kreisen um den Diebstahl der Ressortpachtzahlungen stammen könnten. Das Präsidialamt hat sich ferner der Dienste eines Menschenrechtsexperten von Amnesty International versichert, der die Untersuchungen zum Anschlag auf Nasheed begleiten soll. Mohammad Nasheed will sich noch bis Ende Juni in Deutschland erholen aber dann in die maledivische Politik zurückkehren.

Menschenrechte

Die Situation der Menschenrechte verdeutlichte der Bericht von *Human Rights Watch* zum Jahr 2020: Als Präsident Solih im November 2018 Präsident wurde, versprach er die fundamentalen Menschenrechte in den Malediven wiederherzustellen, die während der fünfjährigen Herrschaft seines Vorgängers Abdulla Yameen systematisch außer Kraft gesetzt und mit den Füßen getreten worden waren. Aber seine Regierung sah sich nicht in der Lage, die tief verwurzelte Kultur der Korruption aufzubrechen oder den Einfluss extremistischer islamischer Überzeugungen und ihrer Netzwerke in Polizei, Militär, Justiz und religiösem Establishment zurückzudrängen. Der Ausbruch der Corona Pandemie in den Malediven und ihre sozialen und wirtschaftlichen Folgen haben ein Übriges dazu getan, die Drohungen gegenüber ohnehin gefährdeten Gruppen zu verstärken, vor allem gegen Migrant(inn)en, gleichgeschlechtlichen Paaren, LGBT-Aktivist(inn)en oder Angehörigen anderer Religionsgemeinschaften. Auch hier versagte die Regierung, Drohungen von islamistischen Gruppen gegenüber Aktivist(inn)en für soziale Gerechtigkeit zu untersuchen und zu unterbinden. Einschüchterungen per Online haben die Arbeit von Menschenrechtsorganisationen stark behindert, Straflosigkeit ist an der Tagesordnung.

Vorbehalte gegen Frauenrechte

Im Dezember 2019 hatte die Regierung das *Maldivian Democracy Network* aufgelöst, bis dato ein Observatorium für die Presse, Justiz, Parlament und Regierung und ein Sammelbecken politikkritischer junger Leute, die von einem aufgeklärten Islam und einem wirklich demokratischen Land träumen. Das Netzwerk wurde von islamischen Gruppen und Theologen beschuldigt, sich blasphemisch über den Islam und den Propheten geäußert zu haben. 2020 haben diese islamistischen Gruppen eine Kampagne gegen *Uthema* gestartet, die wichtigste kritische Frauenrechtsorganisation in den Malediven. Diese hatte den Bericht der Re-

gierung an den UN-Fachausschuss zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) kritisch kommentiert. Dies trug ihr den Vorwurf der anti-islamischen Haltung ein. Die Kommentare weisen nach, wie gering Frauen in allen Bereichen in Politik und Gesellschaft beteiligt sind und wie sie von Positionen in der Entscheidungsfindung ferngehalten werden. Insbesondere der Bericht über das Ausmaß sexualisierter Gewalt gegen Frauen innerhalb und außerhalb der Ehe hat das Frauenbild der Islamisten erheblich gestört. Zurzeit sind Verfahren gegen einen früheren Tourismusminister und ein Parlamentsmitglied wegen sexueller Ausbeutung von Abhängigen und wegen Vergewaltigung in der Ehe anhängig und werden in der Presse diskutiert.

Pressefreiheit

Ende April bescheinigte *Human Rights Watch* den Malediven erhebliche Fortschritte im Bereich der Pressefreiheit. Auf dem *World Press Freedom Index*, der globalen Rangliste der Pressefreiheit, waren die Malediven von Rang 120 auf 72 geklettert, eine Folge der transparenten Medienpolitik der Solih Regierung. Eine der ersten Amtshandlungen des im März 2019 neugewählten Parlaments war die Abschaffung des Diffamierungsgesetzes, ein Maulkorbgesetz des früheren Präsidenten Yameen für die Presse. Jeder kritische Bericht über den Islam und seine Vertreter, die Sicherheitsorgane des Landes oder über soziale Normen wurde mit so hohen Geldstrafen belegt, dass die Existenz der Medienorgane gefährdet war. Heute können die Medienschaffenden wieder freier arbeiten. Bereits im September 2020 hatte sich die *Maldives Journalist Association* wieder gegründet, die während der Yameen-Jahre an ihrer Arbeit gehindert worden war. Wie fragil jedoch die neue Freiheit und wie groß der Einfluss der Vorgängerregierung in der Polizei weiterhin ist, zeigt die Festnahme von verantwortlichen Redakteur(inn)en und Journalist(inn)en des *Channel 13* Ende Februar. Kameraleute des *Channel 13* wurden verprügelt und mussten ins Krankenhaus eingeliefert werden, weil sie eine Demonstration der Oppositionsparteien, vor allem der PPM medial begleiteten. Die Demonstrant(inn)en forderten die Entlassung des früheren Präsidenten Yameen aus dem Gefängnis sowie die Neuvergabe von 7000 Wohnungen in Hulhumale (siehe oben). Wenig später nahm die Polizei die leitenden Redakteure des *Channel 13* gewaltsam fest und prügelten sie aus dem Restaurant, in dem sie sich grade beim Essen befanden.